

Medienorientierung Grüne Baselland, 8. Dezember 2009

# FINANZSTRATEGIE BL

NACHHALTIGES WIRTSCHAFTEN  
ALS PRIORITÄT



### **Philipp Schoch**

- Präsident Grüne Baselland;
- Landrat aus Pratteln; Präsident Umweltschutz- und Energiekommission
- Pflegefachmann, Abteilungsleiter Kantonsspital Liestal



### **Isaac Reber**

- Vizepräsident Grüne Landratsfraktion
- Landrat aus Sissach; Mitglied Bau- und Planungskommission, Finanzkommission, Interparlamentarische GPK Uni, UKBB, Rheinhäfen
- Raumplaner ETH/NDS/SIA, dipl. Geograph
- Projektleiter Energie Zukunft Schweiz



### **Klaus Kirchmayr**

- Landrat aus Aesch; Mitglied Finanzkommission, Sicherheitskommission, Aufsichtskommission FHNW
- Dipl. El. Ing. ETH, Ökonom
- Unternehmer, Inhaber eines Beratungsunternehmens für die Finanzindustrie

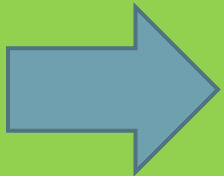
# Inhaltsverzeichnis

- ⦿ Einführung / politische Einordnung
- ⦿ Düstere Aussichten
- ⦿ Konkrete Vorschläge
- ⦿ Schlusswort

**Einführung /  
politische Einordnung**

# New Green Deal - Nachhaltige Finanzen als wichtiger Garant für einen erfolgreichen Umbau der Wirtschaft

- Grüne engagieren sich heute sehr breit und arbeiten konstruktiv in allen Themenbereichen der Politik (z.B. Bildung, Finanzen, Wirtschaft, Gesundheit, Sicherheit, Verkehr)
- Umwelt-, Energie- und Klimapolitik bilden den klaren Schwerpunkt unserer politischen Aktivitäten
- Nachhaltige Finanzpolitik und gute Umweltpolitik bedingen einander – ohne Geld gibt es keinen grünen Wandel
- Im Zentrum unserer Aktivitäten steht dabei ein möglichst konkretes, pragmatisches Handeln. Dies gilt insbesondere auch für die Finanzpolitik

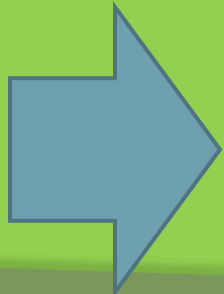


Kohärente und realistische Finanzstrategie für den Kanton Baselland

# **Düstere Aussichten**

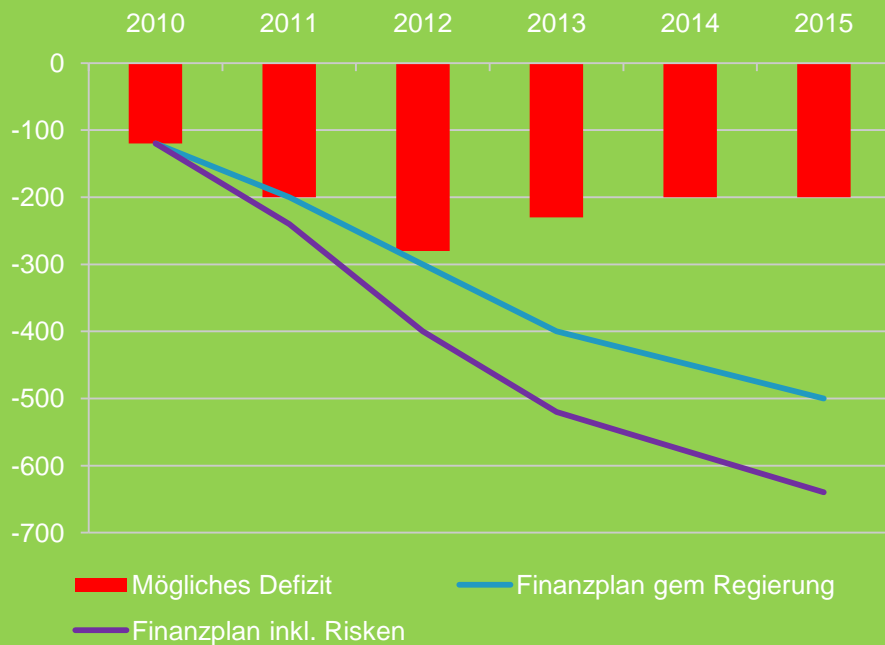
# Unbefriedigendes Budget 2010

- ◉ Ein Defizit von ca. 120 Millionen Franken
- ◉ Alleine die Personalkosten wachsen um ca. 30 Millionen Franken,
  - trotz 0% Teuerungsausgleich fürs Personal
  - Obwohl der Staat kaum neuen Aufgaben übernimmt
- ◉ Investitions-Wunschliste wurde stark zusammengestrichen; vieles auf später verschoben
- ◉ Eigenmittel müssen angegriffen werden
- ◉ Eine wahrscheinlich deutlich negative Rechnung 2009 (Defizit von 70-100 Millionen anstatt einer budgetierten 0) verschärft das Finanzproblem noch zusätzlich
- ◉ Selbst „milde“ Budgetpostulate, lediglich ein Einfrieren der Ausgaben auf dem (hohen) Stand von 2009, finden keine Gnade bei der Regierung

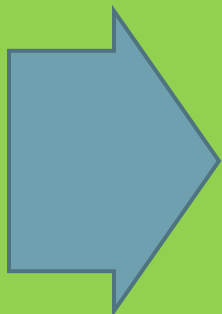


- Kein Sparwillen erkennbar
- Hohes Risiko eines schwerwiegenden mittelfristigen Finanzproblems

# Der Kanton BL hat ein strukturelles Finanzproblem



- Finanzplan zeigt Negativentwicklung (ein „Business Plan“ fehlt)
- Im Finanzplan fehlen:
  - Volle Umstellung der Spitalfinanzierung
  - Sanierung Pensionskasse
  - Sanierung Altlasten/Deponien
  - Delta zwischen Wunsch und Plan für Uni/FHNW Investitionen
- Keine Besserung in Sicht!



- Massives, mittelfristiges Defizitrisiko
- Selbst stark steigende Steuereinnahmen dürften uns nicht aus der Defizitzone bringen



# Keine Schnellschüsse, aber energisches Handeln

- Budget 2010 – zumindest Kosten-Wachstum bremsen
  - Kosten 2009 sind eine gute Richtschnur für das Budget 2010 – es braucht in der Regel keine Erhöhungen
  - Kürzungen sollten gezielt durch die Regierung erfolgen – sie weiss besser wo dies möglich ist – Rückweisung des Budgets ist die logische Konsequenz
  - Die Grünen unterstützen Kürzungspostulate, aber mit der Auflage, diese in der Regel nicht nach dem Giesskannenprinzip vorzunehmen
- Wichtiger als das Budget 2010 ist die mittelfristige Perspektive
- Eine Konzentration auf die folgenden grossen Blöcke ist sinnvoll:
  - Gesundheitskosten
  - Wirtschaftspolitik (nachhaltige Ertragsqualität)
  - Effizienz des Mitteleinsatzes
- Vorschlag für 9 finanzpolitische Handlungsfelder

# Vorschläge

## Vorschlag 1:

# Neubeurteilung Kantonsspitäler

## Überlegungen/Beispiel:

- ⊙ Der Kanton Baselland investiert 700 Millionen in den neuen Spitalkomplex auf dem Bruderholz:
  - ohne dass der Bedarf in der Region nachgewiesen ist
  - ohne dass die finanziellen Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung ab 2012 auch nur im Ansatz klar sind.
  - ohne dass Klarheit über die notwendigen Folgeinvestitionen für die Erschliessung etc. transparent sind
- ⊙ Die neue Spitalfinanzierung bringt dem Kanton jährliche Zusatzkosten von 30 – 70 Millionen Franken
- ⊙ Nicht eingerechnet sind die Blockierung wichtiger Projekte und immense Risiken durch das grösste Hochbauprojekt der Schweiz

## Massnahmen:

- ⊙ Sofortiger Planungsstopp für das Spital Bruderholz
- ⊙ Bedarfsnachweis für die notwendigen Spitalkapazitäten nach 2012
- ⊙ Reduktion der Spital-Standorte und Konzentration auf hohe Qualität auf möglichst wenige Standorte

## Parlamentarische Aktion:

- ⊙ Motion: Planungsmoratorium Bruderholzspital
- ⊙ Interpellation: Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung auf die Kantonsfinanzen
- ⊙ Motion: Regionale Bedarfsplanung für Spitäler

## Vorschlag 2:

# Stopp dem Wachstum von Stabstellen in der Verwaltung

## Überlegungen/Beispiel:

- Die verwaltungsunterstützenden Stellen haben in den letzten 5 Jahren um 40% zugenommen.
- Stabsstellen beschäftigen sich ausgiebig mit der Verteidigung ihrer Finanzen und der Präsentation ihrer Leistungen
- Die riesigen Informationsbedürfnisse der zentralen Verwaltungsstellen reduzieren die Zeit, welche „Front-Mitarbeiter“ im „Kerngeschäft“ tätig sein können.
- Reibungs- bzw. Koordinationsverluste zwischen Stabsstellen führen zu zusätzlicher Ineffizienz

## Massnahmen:

- Reduktion des Stabs-Aufwandes um 25% bis 2012
- Evt. externe Evaluation des Stabsaufwandes um konkrete (nicht lineare) Sparmöglichkeiten zu zeigen
- Zentralisieren, wo sinnvoll (z.B. Finanzen); Dezentralisieren und Reduktion des Abstimmungsaufwandes, wo sinnvoll (z.B. Personal)
- Grundsätzliche Überprüfung verwaltungsinterner Abläufe (z.B. Planung/Budgetierung; Personal; Kommunikation; Rechtsdienste)

## Parlamentarische Aktion:

- Postulat: Reduktion Stabsaufwand in der Verwaltung um 25%

## Vorschlag 3:

# Baustandards auf den Prüfstand

## Überlegungen/Beispiele:

- ◉ Zu hohe Standards und unkontrollierte Nutzerbedürfnisse führen zu extrem teuren Realisierungen
- ◉ Fehlendes Kostenbewusstsein bestärkt die Tendenz zu komplizierten Konzepten statt der Wahl einfacherer Lösungen
  - Justizzentrum MuttENZ: 2001 50 Mio., 2004 60 Mio. (mit Kantonsgericht), 2008 neu 70 Mio. (**ohne KG!**), 2012?
  - H18 Aesch Nord: teurer Brückenkreisel mit allen erdenklichen Schikanen für 55 Millionen – in Sichtweite des nächsten Vollanschlusses - statt einfacher Ergänzung des bestehenden Halbanschlusses für die Hälfte der Kosten
  - Muggenberg-Tunnel (Kilometerlange **Umfahrung von „Nichts“**) statt Problemlösung / Ausbau Knoten Angenstein
  - Hauptstrassen: stures Festhalten an Normen führt zu wenig angepasstem Bauen (Beispiel Sissach-Wintersingen -> unnötig starke Verbreiterung -> geotechnische Probleme -> hohe Kosten)
  - H2 Sanierung Umfahrung Liestal: Sanierungsbedarf (Strasse und Knoten Altmarkt) und Verkehrskonzept Liestal. Maximale Ansprüche + Fehlen finanzieller Limiten = rekordverdächtig teure Lösung (Vorlage **2009-209**: Planungskredit 8.5 Mio. Franken, Baukosten für 2km 190 bis 270 Mio. Franken): **115'000 pro Laufmeter Strasse**, noch teurer als Umfahrungen Sissach, Frenkendorf, eventuell selbst die NEAT?

## Massnahmen:

- ◉ Konsequentes Benchmarking im Baubereich
- ◉ Externe Untersuchung der Planungsprozesse in der BUD

## Parlamentarische Aktion:

- ◉ Postulate: „konsequente Prüfung billigerer Lösungskonzepte in der Vorprojektphase“ und „Benchmarking im Baubereich: Kosten- und Standardvergleiche“

## Vorschlag 4:

# Leistungsbelohnende Besteuerung von Unternehmen

## Überlegungen/Beispiel:

- 2007 (auf dem Höhepunkt der Hochkonjunktur!) bezahlten im Kanton Baselland **56%** aller Unternehmen KEINE Ertragssteuern.
- Ca. 90% des Steueraufkommens in BL kommt von Privaten, lediglich ca. 10% von Unternehmen (in BS über 50%)
- Sind unsere Wirtschaftsstrukturen nachhaltig, wenn die Mehrheit der Unternehmen auf dem Top der Hochkonjunktur keine Ertragssteuern zahlen können?
- Belohnen wir mit unserem Unternehmensbesteuerungsmodell wirklich Leistung?

## Massnahmen:

- Umbau der Unternehmenssteuern, um wirkliche und nachhaltige Leistung zu belohnen
- Stopfen von Steuerschlupflöchern

## Vorschlag 5:

# Leistungsgerechte Behandlung des Kantons

## Überlegungen/Beispiel:

- ◉ Die Region Basel erwirtschaftet 1/6 des BIP der Schweiz
- ◉ Die beiden Basel leisten zusammen riesige Transferbeiträge an den Bund und andere Kantone
- ◉ Die beiden Basel werden regelmässig, beinahe systematisch vom Bund benachteiligt
- ◉ Das Aargauer Fricktal und die Solothurner Bezirke Dorneck/Thierstein profitieren massiv und steigend von Zentrumsleistungen auch des Kantons Baselland (Infrastrukturen aller Art)
- ◉ Aargau und Solothurn (bald auch der Jura) werben gezielt Steuersubstrat aus BL ab

## Massnahmen:

- ◉ Die Finanzbeziehung zum Bund muss auf den Prüfstand und es muss Fairness hergestellt werden, so dass die Leistung von BL und BS gerecht berücksichtigt wird
- ◉ Bezüglich der Grenzbezirke der Kantone Aargau und Solothurn müssen gleich lange Spiesse hergestellt werden. Der Beitrag aus diesen Kantonen an BL muss steigen

## Parlamentarische Aktion:

- ◉ Postulat: Einsetzen einer directionsübergreifenden Taskforce zur pro-aktiven Bewirtschaftung aller Transfer-Geldflüsse, insbesondere zum Bund

## Vorschlag 6:

# Mehr Output unserer Hochschulen

## Überlegungen/Beispiel:

- Der Kanton investiert massiv mehr in seine Hochschulen (FHNW, Uni)
- Geplante Investitionen in die Hochschulen fliessen fast ausschliesslich in Neubauten und kaum in neue Professuren/Forschungsgebiete
- Die Hochschulen produzieren eine unterdurchschnittliche Zahl von Neugründungen. Über deren Wertschöpfung tappen die Verantwortlichen im Dunkeln

## Massnahmen:

- Schaffung von Transparenz bezüglich des Outputs unserer Hochschulen
- „Ausgründung“ von Unternehmen als ein Ziel für Hochschulleitungen (sie werden daran gemessen)
- Überprüfen der Universitäts-Investitionen (Investitionen in „Brain“ oder Beton?)



## Vorschlag 7:

# Neue Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden

## Überlegungen/Beispiel:

- Das Verhältnis der Steuereinnahmen zwischen Kanton und Gemeinden beträgt in BL 2:1; Typisch für andere Kantone ist ein Verhältnis von 1:1
- Baselland ist der zentralisierteste aller Landkantone der Schweiz
- Geld wird am effizientesten an der Front, in den Gemeinden eingesetzt, wo es am unmittelbarsten spürbar ist (Subsidiaritätsprinzip).
- Der Kanton verwendet viele Ressourcen um in allen Gemeinden den oft gar nicht gewollten gleichen Standard zu erreichen

## Massnahmen:

- Grundsätzliche Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit dem Ziel, ungefähr ein Verhältnis der Steuereinnahmen von 1 : 1 zu erzielen
- Damit werden Anreize gesetzt, dass Gemeinden vermehrt Aufgaben gemeinschaftlich anpacken

## Parlamentarische Aktion:

- Postulat: Überprüfung der Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden

## Vorschlag 8:

# Intelligente Anreizprogramme oder Steuerensenkungen

## Überlegungen/Beispiel:

- 56% der Baselbieter Unternehmen zahlen bei boomender Wirtschaft keine Unternehmenssteuern
- Die Region ist gesegnet mit der sehr erfolgreichen Life Science Branche. Wenige Firmen sind die wirklichen Zugpferde unseres Wohlstandes
- Zu wenige Firmen produzieren echte Wertschöpfung. Die Region braucht weitere wirtschaftliche Standbeine
- Die Region kann viele Stärken in die Waagschale werfen

## Massnahmen:

- Es braucht eine tiefgreifende Analyse der Baselbieter Wirtschaftsstruktur und ihrer Wettbewerbsfähigkeit aus Sicht des Staates
- Es braucht ein Anreizprogramm im Umfang von 20 Millionen Franken über 5 Jahre, um gezielt Wertschöpfung schaffende Unternehmen im Kanton zum Blühen zu bringen
- Anreize, welche die Erneuerung/Veränderung unserer Wirtschaftsstruktur behindern, sind gezielt zu eliminieren

## Parlamentarische Aktion:

- Postulat: Kritische Überprüfung der Baselbieter Wirtschaftsstruktur

# Weiterentwicklung des kantonalen Finanzmanagements

## Überlegungen/Beispiele:

- Es existiert kein „Business Plan“ für die Kantonsfinanzen
- Der Landrat entscheidet über politische Geschäfte mit grossen finanziellen Konsequenzen, welche erst in langer Zukunft wirken, ohne sich des Einflusses dieser Entscheide aufs finanzielle Gesamtbild bewusst zu sein
- Ein bottom-up Budgetprozess bindet viele Ressourcen und erschwert systembedingt das Hinterfragen von Kosten
- Der Landrat bewegt sich in der Budgetdebatte auf Mikroebene und kann lediglich auf Mikroebene Einfluss nehmen

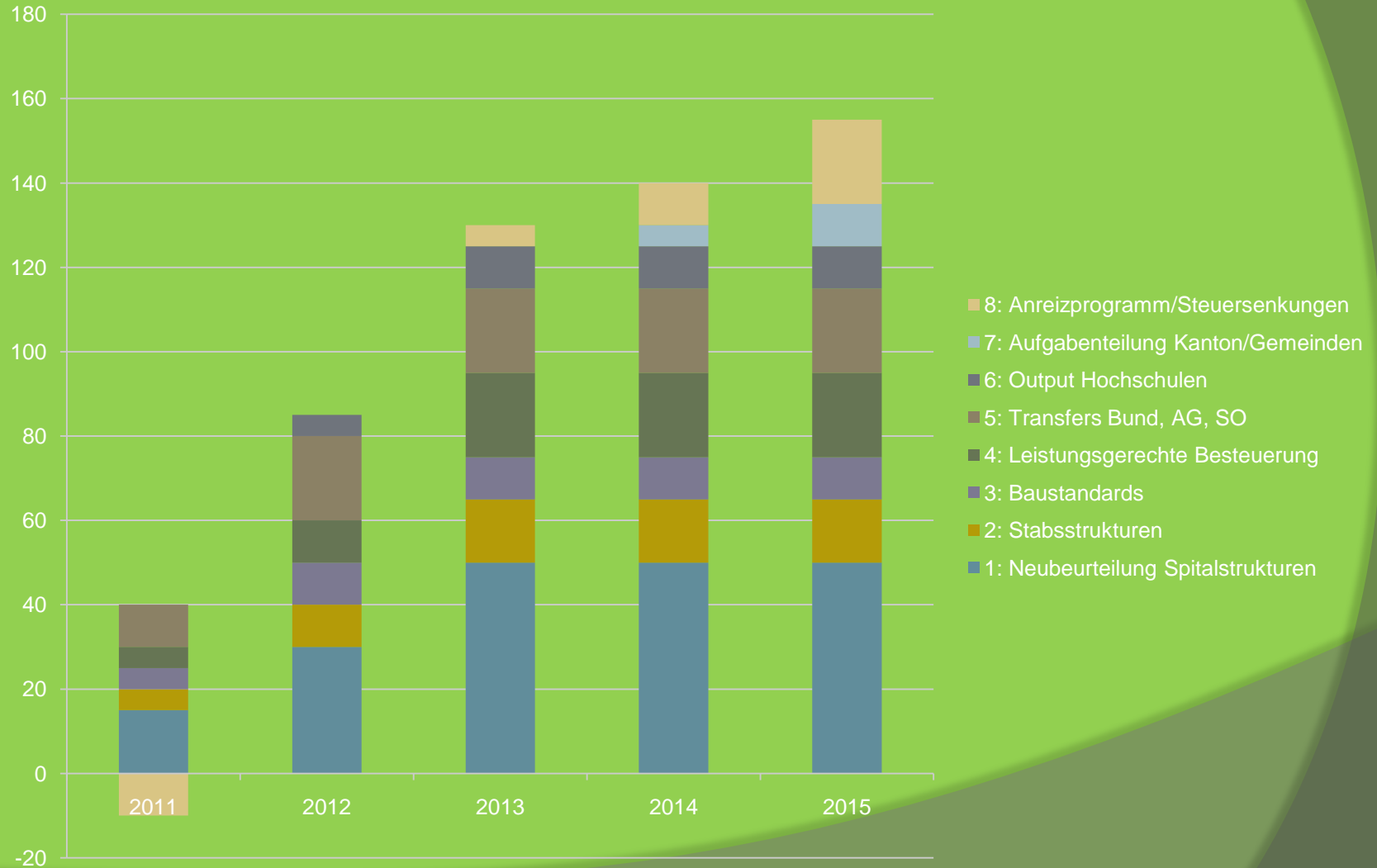
## Massnahmen:

- Weniger Planung und Budgetierung – mehr Transparenz, mehr Verantwortlichkeit der Chefs
- Stufengerechte Planungs-Entscheide
- Politische Entscheide mit standardisierter Transparenz ihrer Auswirkungen auf die Kantonsfinanzen
- Umsetzen einer einheitlichen Finanzführung

## Parlamentarische Aktion:

- Parlamentarische Initiative zur Einführung der Leistungsmotion
- Postulat für einen standardisierten Finanzteil bei Landratsvorlagen
- Postulat für eine einheitliche Finanzführung im Kanton

# 100 – 150 Millionen Verbesserung sind möglich



**Schlusswort**

# Handeln ist möglich – man muss es nur wollen

- ◉ Die Grüne Fraktion präsentiert 9 konkrete Vorschläge für eine nachhaltige Sanierung der Kantonsfinanzen
- ◉ Die 9 Vorschläge haben ein Verbesserungs-Potential von ca. 100 – 150 Millionen Franken pro Jahr
- ◉ Diese Vorschläge ermöglichen das Rückgewinnen von Handlungsspielraum, ohne die wesentlichen Errungenschaften unseres Kantons zu gefährden
- ◉ Wir schaffen die Möglichkeit, die notwendigen nachhaltigen Investitionen in die Zukunft zu tätigen

Herzlichen Dank fürs Interesse – wir sind gerne da für Fragen